

Stellung und äußerst mageren Ergebnissen in der wissenschaftlichen Arbeit nicht als Mitglied der Akademie, zum Nationalpreis usw. vorschlagen konnten, ist er der Meinung, wir seien an seiner Lage schuld. Er versucht anscheinend jetzt, wo er meint, die Parteiführung steht hinter ihm, sowohl gegenüber den Genossen Behrens, Kohlmei usw., die ihm wissenschaftlich überlegen sind als auch gegenüber unserer Abteilung mit dem Anspruch des führenden und nicht gewürdigten Wissenschaftler aufzutreten. Wir verweisen in diesem Zusammenhang noch auf die Aktennotiz vom 26.1.1957 über eine Aussprache mit dem Gen. Naumann vom 19.1.1957.

#### **Anlage 4:**

#### DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN

An das

Zentralkomitee der  
Sozialistischen Einheits-  
Partei Deutschlands

Berlin W 8, den 8.11.1956

#### Berlin

Werte Genossen!

Die Parteigruppe hat sich in einer ausführlichen Diskussion mit den Ereignissen in Polen und Ungarn beschäftigt, wir befaßten uns auch mit den Konsequenzen, die sich daraus für unsere Partei ergeben. Wir halten es für erforderlich, Euch die Ergebnisse dieser Diskussion mitzuteilen, da sich in der heutigen Situation jeder Genosse mehr denn je für die Politik unserer Partei verantwortlich fühlt.

Nach unserer Ansicht hatten sich in Polen und in Ungarn in der Vergangenheit Widersprüche zwischen dem Willen und den Interessen der werktätigen Massen und der von der Parteiführung verfolgten Politik herausgebildet.

In Polen gelang es der Partei durch eine radikale Änderung der Politik die wesentlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die richtigen Wechselbeziehungen zwischen Partei und Massen wieder herzustellen.

Die Ereignisse in Ungarn zeigten uns, daß die Hauptfrage bei der Lösung der sich aus den Erkenntnissen des XX. Parteitages ergebenden Probleme die Sicherung der Macht der Arbeiterklasse ist. Die Macht der Arbeiterklasse ist aber nur dann gesichert, wenn die Partei einheitlich handelt und alle Widersprüche, die sich zwischen Partei und Massen ergeben, beseitigt.

Die Frage, die sich unsere Partei unverzüglich stellen und beantworten muß, ist die: haben sich auch in unserer Republik ernsthafte Widersprüche zwischen dem Willen der Massen und der Politik der Partei herausgebildet?

Unserer Meinung nach ist dies der Fall. Wir übersehen dabei keinesfalls wichtige und tiefgreifenden Unterschiede in den Entwicklungsbedingungen Polens und Ungarns einerseits und unserer Republik andererseits. So ist der Lebensstandard höher als in diesen Ländern, in denen es teilweise um die Sicherung des Existenzminimums geht. Diese Frage steht bei unseren Werktätigen nicht in dieser Schärfe und nicht derart im Vordergrund. Auch in bezug auf die Mittelschichten bestehen bei uns günstigere Bedingungen. Schließlich hat die Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit offenbar nicht ein solches Ausmaß und solche Formen angenommen wie in Polen und Ungarn.

Und trotzdem sind wir der Meinung, daß unsere ganze Sorge vor allem zwei Fragenkomplexen gelten muß, die Konflikte in sich bergen. Dies sind die Fragen der Demokratisierung und der Methoden der Wirtschaftsführung. Wir begrüßen besonders die Erklärung durch den Gen. W. Ulbricht in der letzten Volkskammersitzung als einen Schritt zur Beseitigung dieser Widersprüche. Wir sind uns darüber im Klaren, daß augenblicklich im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn und der Reaktion des Gegners darauf, bei uns nicht über alle Konsequenzen, die sich aus dem XX. Parteitag ergeben, diskutiert werden kann. Es ist aber genau so klar, daß diese Fragenkomplexe Parteimitglieder als auch Parteilose aufwerfen. Deshalb steht die Parteigruppe voll hinter den Erklärungen unserer Parteiführung, den XX. Parteitag voll und ganz auszuwerten. Die Parteigruppe ist ebenfalls der Ansicht, daß dieser Prozeß kontinuierlich verlaufen muß. Aber die Bevölkerung der Republik muß sich auch wirklich tagtäglich durch ihre eigenen praktischen Erfahrungen davon überzeugen können, daß dieser Prozeß im Gange ist und daß die Veränderungen in ständiger offener Aussprache mit ihr und nicht über ihre Köpfe hinweg bewerkstelligt werden.

Man muß unterscheiden zwischen langfristigen Aufgaben, die wir erst

nach grundsätzlicher Diskussion lösen können und Aufgaben, die kurzfristig gelöst werden können und müssen.

Zu den ersteren: Die Demokratisierung ist bisher weder in der Diskussion noch in der Praxis zu den entscheidenden Fragen vorgedrungen. Für den ersten Schritt der Demokratisierung halten wir die offene Aussprache und Beratung zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft sowie zwischen Partei und Massen über folgende zentrale Probleme:

Wie ist die unmittelbare Machtausübung der Arbeiterklasse gemeinsam mit ihren Verbündeten zu sichern?

Wie ist zu gewährleisten, daß die gewählten Volksvertretungen ihre verfassungsmäßigen Rechte auch wirklich ausüben?

Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit der Parteiapparat nicht Funktionen der gewählten Organe sowie des Staatsapparates, der Institutionen und Organisationen ausführt?

Auch in der Frage der Wirtschaftsführung ist sowohl die Diskussion als auch vor allem die Praxis bei der formalen Dezentralisierung stehen geblieben. Dabei handelt es sich doch vor allem darum, das administrativ bürokratische System unserer Wirtschaftsführung durch ein solches System zu ersetzen, welches die Arbeiter wirklich an der gesamten Arbeit und an der Leitung der Betriebe interessiert und beteiligt und welches die Planmäßigkeit unserer Entwicklung bei voller Entfaltung der Initiative und der schöpferischen Kräfte unseres Volkes erlaubt.

Um in dieser Frage überhaupt weiter zu kommen, ist eine breite Aussprache der Partei mit der Arbeiterklasse notwendig. Bei der Diskussion dieser Fragen ist die reale und nüchterne Einschätzung der wirklichen Erfolge und der Schwierigkeiten unserer Entwicklung einschließlich der tiefgreifenden und offenen Diskussion über die wirklichen Ursachen dieser Schwierigkeiten an Stelle der übertreibenden und schönfärberischen Darstellung unserer Erfolge der einzig mögliche Weg.

Zu Fragen, die sofort geklärt werden müssen, gehört die Entfaltung eines echten Meinungsstreites, einer echten Aussprache innerhalb und auch außerhalb unserer Partei. Aber die so notwendige und nach dem XX. Parteitag auch begonnene Aussprache wurde oft unterbunden. Wir verweisen z. B. auf die Parteiversammlungen an der Akademie nach dem XX. Parteitag oder auf die Artikel der Genossen Naumann und Lemnitz im ND vom 24. bzw. 26. Mai 1956. Wir verstehen auch nicht, warum die Information und die

Diskussion über die uns alle tiefbewegenden Probleme der internationalen Arbeiterbewegung völlig unzureichend ist. Das gilt z. B. für das Interview und die Reden des Gen. Togliatti ebenso, wie für die Entwicklung der Partei in Polen. Die Berichterstattung hierüber war einseitig und unvollständig (z. B. die Veröffentlichung des Prawda-Artikels im ND vom 21. Oktober 1956 ohne jede Darstellung der Ansichten der polnischen Genossen). Die Methode, nach der Auszüge aus der Rede des Genossen Gomułka gebracht wurden, muß sogar als verfälschend bezeichnet werden, weil das Wesen der Wendung in der Politik in Polen nicht zum Ausdruck kommt.

Wir müssen unbedingt erreichen, daß in der Partei und innerhalb der ganzen Arbeiterklasse und Bevölkerung eine offene Aussprache über alle Probleme und Schwierigkeiten, die uns bewegen, geführt wird. Das gilt nicht zuletzt für die gegenwärtigen Kohle- und Materialschwierigkeiten oder auch für die Fragen, die die Aufhebung des Kartensystems betreffen. Eine regelmäßige und gründlichere Berichterstattung der eingesetzten Kommissionen in der Presse über ihre bisher geleistete Arbeit wäre angebracht, ähnlich wie es die Rentenkommision tut.

Versprechungen sollen erst gemacht werden, wenn durch Beratungen mit den Werktätigen ihre Erfüllung gesichert ist.

Die Erfahrungen der letzten Wochen haben gezeigt, daß zumindest die Bevölkerung von Berlin in den entscheidenden Tagen stärker denn je der feindlichen Agitation ausgesetzt war, da unsere Nachrichtenübermittlung nicht funktionierte. Außerdem wurde dadurch eine ehrliche Auseinandersetzung innerhalb der Parteigruppe wesentlich erschwert, wie auch die Agitationsarbeit unserer Genossen überhaupt.

Wenn die Parteiführung es nicht für zweckmäßig hält, in der gesamten Öffentlichkeit über bestimmte Ereignisse zu informieren, so müssen doch Formen gefunden werden, die eine rasche innerparteiliche Information gewährleisten.

Wir sind der festen Überzeugung, daß die offene Diskussion der von uns angeführten Fragenkomplexe innerhalb der Partei und zwischen der Partei und Bevölkerung sowie die damit verbundenen praktischen Veränderungen zur ökonomischen und politischen Stärkung unserer Republik führen. Wir sehen hierin den einzig möglichen Weg, um die dringend notwendige Festigung der Bindung zwischen Partei und Massen zu erreichen. Wir wissen zugleich, daß die Lösung der hier angeführten Probleme nur möglich ist

unter der Bedingung der ständigen Festigung der Geschlossenheit unserer Partei und der unbedingten Wahrung der Parteidisziplin.

Darüber hinaus wissen wir, daß wir als Wirtschaftswissenschaftler viel zur Lösung dieser Fragen beitragen müssen und arbeiten bereits daran. Angesichts der Kompliziertheit und des Ernstes der Lage und der Tatsache, daß die Mehrzahl der Genossen sich darüber ernste Gedanken macht, halten wir es für notwendig, daß das oberste gewählte Leitungsorgan unserer Partei – das ZK – unverzüglich zusammentritt und über die Ereignisse in Polen und Ungarn zu beraten, gründlich die Lage bei uns einzuschätzen und die erforderlichen Schlußfolgerungen für unsere weitere Entwicklung zu sichern.

Mit sozialistischem Gruß  
Parteilgruppe des Instituts für Wirtschafts-  
Wissenschaften bei der Deutschen Akademie der  
Wissenschaften zu Berlin.

P. S.: In der Versammlung der Grundorganisation der Wissenschaftlichen Institute der Akademie vom 7. Nov. 1956 wurde dieser Brief verlesen. Die Genossen schlossen sich den dargelegten Ansichten einstimmig an.